

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 6

Artikel: Die Kritik an der amerikanischen Zweimächte-Politik
Autor: Keller, Adolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159861>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE KRITIK AN DER AMERIKANISCHEN ZWEIMÄCHTE-POLITIK

VON ADOLF KELLER

In einem ersten Artikel über die *Europa-Politik Amerikas* wiesen wir hin auf die scharfe Kritik, die der amerikanische Politiker *James Burnham* an der «*policy of containment*» übt. Diese gehörte bis zum Ausbruch des Krieges in Korea zur Truman-Doktrin, die vor allem von G. Kennan, dem offiziellen Berater der Regierung, ausgearbeitet worden ist. Dabei wurde bereits ein zweiter Kritiker dieser Politik zitiert, *Walter Lippmann*, der vielleicht den größten journalistischen Einfluß auf politischem Gebiet ausübt. Im «*Atlantic Monthly*», in der April-Nummer, also ungefähr gleichzeitig mit Burnhams Kundgebung, veröffentlichte er unter dem Titel «*Break-up of the Two Power World*», also ebenfalls vor dem Überfall in Korea, einen scharfsinnigen Artikel, der wegen der Syndizierung der amerikanischen Presse sofort in Hunderten von amerikanischen Zeitungen aufgenommen und erörtert wurde. Das Echo auf diese Privatpolitik einzelner Amerikaner ist so laut, daß man hier auf ein beachtenswertes Phänomen in der Gestaltung der amerikanischen Politik überhaupt stößt.

Wer macht eigentlich die amerikanische Außenpolitik? Es ist namentlich für die Schweiz nicht ganz leicht, den Sinn dieser Frage zu verstehen. Denn unsere eigene Politik ist eigentlich schon gemacht mit unserem Festhalten an unserer *Neutralität*. Von da aus macht der Bundesrat und vor allem unser Politisches Departement die ihm nötig scheinende Anpassung an diese große politische Tradition der schweizerischen Außenpolitik. Daneben ist der politischen Fantasie oder dem Ehrgeiz wenig Raum gelassen.

In Amerika wird die Politik teils von den Parteien, teils vom Präsidenten oder von privaten Gruppen oder Einzelnen gemacht. Das Parlament selbst ist zu unabhängig, zu stark von den Stimmen der Staaten abhängig, zu wenig unterrichtet oder zu sehr von Einzelnen beherrscht, wie z. B. Robert Taft oder Vandenberg, zu sehr auch von der Konkurrenz mit dem Weißen Hause beeinflusst, um die Führung der Politik inne zu haben. Es gibt daher eine Art von *Privatpolitik*, die teils von einzelnen Politikern betrieben wird, teils von einem politischen Trust, wie er in Roosevelts Gehirntrust in der Wirtschaftspolitik beherrschend war. Teils aber politisieren auch Einzelne auf eigene Faust, namentlich Journalisten wie McCormick von der «*Chicago Tribune*», oder vor allem Walter Lippmann, oder Gouverneure einzelner Staaten wie H. Stassen, J. Dewey, Jim Walker, Huey

Long berüchtigten Andenkens, oder Präsidenten von Universitäten wie Wilson, Nicholas Murray Butler oder Chancellor Hutchins. Es war durchaus etwas Ungewohntes, daß der ganze Senat sich vor einigen Jahren einmal für eine Weltverantwortlichkeit Amerikas einsetzte und damit eine politische Linie festlegte, die nicht so bald wieder anders gezogen werden konnte. Im gegenwärtigen Tasten nach einer Politik und dem daraus folgenden pröbelnden Experiment gewinnt der einzelne Berater des State Department einen in einer Demokratie sonst ungewöhnlichen Einfluß. Man weiß von Deutschland her, wie verhängnisvoll unter Baron Holstein eine solche Privatpolitik sich auswirkte. Aber wie könnte denn bei der heutigen weltweiten Kompliziertheit der Probleme eine Körperschaft oder eine große politische Tradition, wie sie England besaß, eine Gruppe des Parlaments die nötigen Kenntnisse besitzen, die nur einem Spezialisten erreichbar sind, um überhaupt eine zielbewußte und wohlbegründete Weltpolitik zu machen?

Daher ist die Staatspolitik, oder der Präsident, auf eine ständige Konsultation von Sachverständigen angewiesen. Roosevelt hat diese Privatpolitik in seinem Vertrauen auf einzelne Berater, wie Hopkins, auf die Spitze getrieben. Auch Universitäten und das *«Institute for World Affairs»* mit ihren vielen Lehrstühlen für *«political science»* liefern dem State Department Gesichtspunkte und Vorschläge, wie sie in der Schweiz z. B. undenkbar wären, wo leicht angenommen wird, daß das Politische Departement durch die eigenen Berufspolitiker und seine Berufsdiplomaten genügend politische Weisheit und Beratung im eigenen Kreise produziere.

Gegenwärtig scheinen vor allem zwei maßgebende Berater der Regierung den größten Einfluß auf die Politik des State Department oder des Präsidenten zu haben. Der eine ist *George Kennan*, der durch einen anonymen Artikel in *«Foreign Affairs»* rasch bekannt wurde als Begründer der *«policy of containment»*, deren Hauptziel die Zurückdrängung des Kommunismus in der ganzen Welt war. Der andere ist, neben Harriman, *John Foster Dulles*, ein berühmter Advokat der Wallstreet und Teilnehmer an der Friedenskonferenz von Versailles, der zur republikanischen Partei gehört und als Präsident eines starken kirchlichen Komitees des *«Federal Council of Churches»* sich einen starken Einfluß gesichert hatte, wie man auch an der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz sehen konnte.

Walter Lippmann sieht in dieser ganzen offiziellen Politik das Hauptelement in der Doktrin einer *Zweimächte-Politik*, durch welche die Welt auf den Gegensatz zwischen *Ost-West* festgenagelt wird. Diese Politik hält *Walter Lippmann* für falsch und gefährlich. Sie entspricht vor allem nicht der sich rasch ändernden Weltlage. An sechs Punkten wird ihre Wandlung in jüngster Zeit sichtbar. Das

sind Ereignisse, die Amerika zu einer Änderung seiner bisherigen politischen Doktrin zwingen müssen.

Das erste ist, daß die Russen heute auch eine *Atombombe* haben. Der Alleinbesitz der Bombe, durch den sich Amerika gesichert fühlte, ist heute eine Illusion. Das zweite ist die kommunistische Revolution in *China*. Das dritte Weltereignis ist das Ende der britischen und holländischen *Kolonialherrschaft in Asien*. Das vierte die chaotische Entwicklung in *Hinterindien*, Malayen und Burma. Das fünfte neue politische Phänomen, diesmal in Europa, sind die titoistischen Tendenzen in den *bolschewistischen Vasallenstaaten* Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Tschechoslowakei und Polen. Das letzte ist die Erstarkung und neue *Politisierung Deutschlands*, das überraschend schnell wieder zu einem der wichtigsten militärischen und politischen Faktoren auf dem europäischen Schachbrett wird.

Diese sechs Ereignisse zwingen Amerika und vielleicht auch Rußland zu einer Änderung ihrer Politik, behauptet Lippmann. Bisher schien es, daß alle Länder zwischen dem Osten und Westen zwangsweise entweder dem bolschewistischen Maelstrom zutrieben oder sich in die Arme der Macht Amerikas werfen mußten. Diese Alternative zwischen Ost und West ist nach Lippmann eine Täuschung. Jedes der sechs Weltereignisse bedeutet einen Abzug von der einen oder anderen Weltmacht, die in einem ungeheuren Sog die kleinen Zwischenvölker nach dem Westen oder dem Osten ansaugt.

Lippmann hätte noch zwei weitere Tatsachen anführen können, die zur veränderten Weltlage gehören. In Europa die *Infiltrierung des Kommunismus* in den westeuropäischen Ländern und damit die Möglichkeit eines *europäischen Bürgerkrieges*. Sodann den neuen Pazifismus, die lähmende Kriegsmüdigkeit in der Jugend, jenen «*je-m'en-fichisme*», der zu keiner Entscheidung mehr kommt und damit auch die Erschütterung jenes Optimismus in Amerika selbst, der der Demokratie und der Erziehung eine unfehlbare Wirkung zutraut.

Mit dem Verlust des amerikanischen Bomben-Monopols wurde Amerikas Anziehungskraft geschwächt. Der Atlantik-Pakt besitzt nicht mehr dieselbe schützende Macht. Denn heute muß Amerika seine Freunde nicht mehr nur gegen eine riesige Landarmee schützen, sondern auch gegen russische Atombomben. Beides kann Amerika nicht, worauf gerade jetzt die französische Regierung mit Nachdruck hinweist. Die Freundschaft mit Amerika bedeutet daher für diese Völker sofort auch eine stärkere Bedrohung, sei es durch die bolschewistischen Divisionen oder die russischen Atombomben.

Der Hunger nach Sicherheit wird dadurch größer. Diese Völker fühlen sich als Werbeobjekte für die beiden Riesenmächte im Westen und Osten. Sie wollen aber nicht an diesem Gegensatz untergehen,

indem sie von der einen oder der andern Allianz verschlungen werden. Das befürchtet ein Neutralitätsbedürfnis nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Deutschland und Japan.

Eine Zweimächtepolitik wird daher diesen zwei Mächten selber zur Gefahr, ebenso wie den Völkern, die sich nicht von ihnen in die Zange nehmen lassen wollen.

Amerika hat daher, sagt Lippmann, kein Interesse mehr, die Weltpolitik auf eine solche Zweimächtepolitik zu reduzieren. Früher hieß es noch, zur Zeit der Weltreise von Wendell Wilkie, daß die amerikanische Weltpolitik *«the one and indivisible world»*, die eine und unteilbare Welt im Auge haben müsse. Dieser politische Monismus wurde bald erschüttert. Mrs. Eleanor Roosevelt gab das als Präsidentin der Kommission der UNO für Menschenrechte ohne weiteres zu. Aber der alternative Dualismus, der diesem Monismus folgte, ist auch falsch, nach Lippmann. Die amerikanische Politik muß daher heute nicht so sehr darin bestehen, die Zwischenvölker entweder in den einen oder andern Schafstall zu treiben, sondern die in ihnen selbst lebenden *Freiheits- und Neutralitätswünsche* zu stärken. Amerika muß daher alle nationalen Tendenzen fördern, statt die Völker in das eine oder andere Weltlager zu treiben durch eine Nötigung, Partei zu ergreifen.

Lippmann befürwortet also eine Politik, die mit der Zweimächte-Theorie aufräumt. Die Welt braucht also weder an der Scylla, noch an der Charybdis zu zerschellen.

Das ist vor dem Kriege gesagt worden. Nun kommt aber mit ihm ein siebenter und achter Punkt zu den sechsen, die Lippmann aufzählt, um eine Änderung der Weltpolitik zu verlangen. Das ist das Engagement Amerikas in Korea, das ihm kein Zurückgehen mehr erlaubt, was Truman auch ausgeschlossen hat. Es nötigt Amerika auch zu stärkern Forderungen an West-Europa im Rahmen der Polizeiaktion der UNO. Das andere ist der drohende Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Südafrika und der Sowjetunion. Das ist der südlichste Brückenkopf des ungeheuren Verteidigungsbogens, der sich von Schweden bis nach Südafrika spannt. Die Hauptfrage aber, auf die auch Lippmann noch keine Antwort gibt, ist: Hat Amerika noch Zeit, um die eigenen Freiheitstendenzen der Zwischenvölker zu fördern und haben diese die Zeit, die Kraft und den Willen, aus dieser Stärkung eine verteidigungsbereite Macht zu gestalten?